

Antrag

BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Landwirtschaft erhalten: Selbstversorgung der Region Brandenburg/Berlin sichern

Die Pläne der Bundesregierung für eine Streichung der Agrardieselbeihilfe und der Kfz-Steuerbefreiung für landwirtschaftlich genutzte Fahrzeuge führen seit Wochen zu erheblichen Protesten der Landwirte. Sie wirken wie unvermittelte Steuererhöhungen und gehen zu Lasten der heimischen Landwirtschaftsbetriebe und der regionalen Lebensmittelproduktion. Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsbereichen soll die Landwirtschaft erhebliche zusätzliche Belastungen tragen, denen keinerlei Entlastungen entgegenstehen. Damit einher geht ein nachhaltiger Vertrauensverlust in die Politik, vor allem im ländlichen Raum.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Pläne zur Streichung der teilweisen Erstattung der Mineralölsteuer für Agrardiesel verworfen werden,
2. eine Strategie zur Erhöhung des Selbstversorgungsgrades mit Erzeugnissen der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft der Region Berlin/Brandenburg zu erarbeiten,
3. dazu den aktuellen Selbstversorgungsgrad der Region Berlin/Brandenburg bei allen regional erzeugten Produkten der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft regelmäßig zu ermitteln und zu veröffentlichen,
4. alle bereits auf Landesebene festgelegten produktionsbeschränkenden Vorgaben für die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft auf ihre objektive Notwendigkeit zu überprüfen und anzupassen bzw. aufzuheben,
5. alle zukünftigen Vorgaben und Beschränkungen mit negativer Wirkung auf die Ertragslage der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft nur in Kraft zu setzen bzw. zu belassen, soweit die entstehenden Ertragseinbußen finanziell ausgeglichen werden.

Begründung:

Mehr Tierwohl, Klimaschutz und Nachhaltigkeit – diesen gesellschaftlichen Konsens gibt es für die Transformation der Landwirtschaft, aber auch für andere Bereiche der Landnutzung. Ohne geeignete Rahmenbedingungen wird die Umsetzung der Maßnahmen jedoch die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Erzeuger auf dem globalisierten Markt weiter schwächen und zu Lasten der regionalen Wertschöpfung gehen. Dadurch sinkt nicht nur der Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln aus heimischer Produktion, sondern auch die Lebensqualität der Menschen auf dem Land. Denn mit jedem

Wegfall eines landwirtschaftlichen Betriebes gehen wertvolle Arbeitsplätze im ländlichen Raum verloren, werden Existenzen und Perspektiven zerstört.

Es besteht eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, gemeinsam mit den Menschen im ländlichen Raum und mit sozialverträglichen Konzepten die regionale Landwirtschaft sowie andere Landnutzungsformen so zu gestalten, dass sie als Gewinner aus dem Transformationsprozess hervorgehen. Der Selbstversorgungsgrad ist nicht nur ein Maßstab für die sichere Versorgung der Bevölkerung mit regionalen Lebensmitteln, sondern auch für die Stabilität der ländlichen Strukturen.

Beides wird durch die Pläne der Bundesregierung zum schrittweisen Wegfall der Agrardieselbeihilfe konterkariert. Die Abschaffung dieser Entlastungen führt zu einer Wettbewerbsverzerrung gegenüber anderen EU-Mitgliedsstaaten. Landwirtschaftliche Betriebe in Berlin und Brandenburg können die dadurch entstehenden höheren Kosten nicht an den Lebensmitteleinzelhandel weitergeben, weil die Preise für die meisten landwirtschaftlichen Güter maßgeblich vom Weltmarkt geprägt sind und ein Markt Machtgefälle zuungunsten der Erzeuger besteht. Der geplante Wegfall der Kfz-Steuerbefreiungen und auch der schrittweise Wegfall der Agrardieselbeihilfen gehen ausschließlich zu Lasten der Landwirte, die als kleine Berufsgruppe durch das Sparpaket der Bundesregierung überdurchschnittlich belastet werden sollen.

Außerdem gibt es für Landmaschinen bisher keine wirtschaftlichen Alternativen zum Dieselmotor. Auf den Wegfall der Agrardieselbeihilfe kann derzeit also nicht durch Umstieg auf umweltfreundlichere Antriebstechniken reagiert werden. Ein Anreiz für einen Umstieg auf solche Antriebe durch höhere Besteuerung ist erst möglich, wenn technische Alternativen überhaupt vorhanden und auch wirtschaftlich sind.

Vor allem für die ökologisch wirtschaftenden Betriebe werden die geplanten Sparmaßnahmen erhebliche negative Folgen haben, da sie aufgrund des größeren Aufwandes an mechanischer Bodenbearbeitung überproportional betroffen sind.

Es bedarf verstärkter politischer Initiativen der Landesregierung, mit denen sie die Brandenburger Landwirte unterstützt und so verlorenes Vertrauen in politische Kompetenz und Verlässlichkeit zurückgewinnen kann.